

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG

BAND 77

Zehn Jahre deutsche Einheit

Herausgegeben von

Konrad Löw



Duncker & Humblot · Berlin

KONRAD LÖW (Hrsg.)

Zehn Jahre deutsche Einheit

SCHRIFTENREIHE
DER GESELLSCHAFT FÜR DEUTSCHLANDFORSCHUNG
BAND 77

Zehn Jahre deutsche Einheit

Herausgegeben von

Konrad Löw



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Zehn Jahre deutsche Einheit / Konrad Löw (Hrsg.). –

Berlin : Duncker und Humblot, 2001

(Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung ; Bd. 77)

ISBN 3-428-10459-5

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 2001 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fremddatenübernahme: Salignow Verlagsservice, Berlin

Druck: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5774

ISBN 3-428-10459-5

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☹

Vorwort

Am 9. November 1989 fiel jene Mauer, die Berlin, die Deutschland, die Europa, die den Globus geteilt hatte. Darüber freuten sich in Deutschland fast alle. Und die sich nicht freuten, wagten es kaum, ihr Unbehagen laut auszusprechen. Immer gewaltiger der Chor derer, die da skandierten: „Wir sind das Volk!“

Aus dieser Parole wurde fast über Nacht: „Wir sind *ein* Volk!“, und so kam es innerhalb nur eines Jahres zur Wiedervereinigung, zur staats- und völkerrechtlichen Einheit. Seitdem sind zehn Jahre vergangen. Doch die Einteilung in alte und neue Bundesländer dauert an und hat nicht nur eine historische Berechtigung. Der Graben, der die Deutschen jahrzehntelang trennte, ist noch nicht überall zugeschüttet. Freilich, die Kluft wird – ob bewußt oder nicht – überzeichnet. Unsere Demoskopen vergleichen Ost mit West und stellen fest, daß die Urteile und Empfindungen der Deutschen hier und dort in vielen Punkten differieren. Stieße man nicht auf ähnliche Differenzen, würde man Nord mit Süd vergleichen?

Auch wenn die vermutete Überzeichnung den Tatsachen entspricht, die Spuren von fast einem halben Jahrhundert der Trennung sind nicht beseitigt und konnten in zehn Jahren auch nicht beseitigt werden, gleichgültig ob in diesem schier einmaligen Prozeß Fehler gemacht worden sind oder nicht. Die materielle und ideelle Kluft war einfach zu tief.

Im Rahmen eines Symposiums mit acht Referaten ist es nicht möglich, alle Fragen und Themen, die sich mit Blick auf zehn Jahre deutsche Einheit aufdrängen, auch nur ansatzweise anzugehen. Es soll nur ein Beitrag zu einer großen Diskussion sein. Der gemeinsame Nenner aller Ausarbeitungen ist die deutsche Einheit, ansonsten sind sie breit gefächert: Recht und Staat, Kirche und Kultur, Politik und Wirtschaft.

Grundsätzlicher Natur sind die Ausführungen von Vera Lengsfeld. Danach ließ die friedliche Revolution Sozialisten und Kommunisten aller Schattierungen schlecht aussehen. Doch indem sie die DDR-Ära verklären und die Schwierigkeiten der Wiedervereinigung aufbauschen, gelingt es ihnen, dank der breiten Resonanz bei jenen, die die deutsche Einheit längst abgeschrieben hatten, die Niederlage vergessen zu machen. Wirtschaftlich stellen sie sich ohnehin besser als ihre Opfer, wodurch das Vertrauen in die staatliche Gerechtigkeit erschüttert wird.

Für die Erlangung der Demokratie in der DDR, der deutschen Einheit und die Zukunft unseres Landes sind – so Stephan Hilsberg – die demokratischen Werte von überragender Bedeutung. Mit ihrer Hilfe hat die oppositionelle Bewegung in der

DDR den entscheidenden Anstoß für die Demokratisierung des Landes gegeben und hierdurch die Deutsche Einheit ermöglicht. Das Verdienst der alten Bundesrepublik bleibt, die Deutsche Frage offengehalten und im Moment ihrer Ermöglichung die Deutsche Einheit realisiert zu haben. Deren historische Bedeutung liegt in der Wiederherstellung der Deutschen Nation, die durch Hitler zerstört worden war. Wenn auch die Bilanz der ersten zehn Jahre der Deutschen Einheit zwiespältig und äußerst spannungsreich ist, muß gleichzeitig festgestellt werden, daß diese Spannungen nur durch die Demokratie beherrschbar waren und bleiben.

Der Autor dieser Einleitung setzt sich mit Bohleys geflügeltem Wort „Gerechtigkeit haben wir erwartet, den Rechtsstaat bekommen“ auseinander und zeigt, daß die rechtsstaatlichen Garantien des Grundgesetzes dem Bürger unvergleichlich mehr nützen als die konturenarme „Gerechtigkeit“.

Der Beitrag von Peter März über Kanzlerschaft im Wiedervereinigungsprozeß untersucht zunächst die für Helmut Kohl maßgeblichen historischen Koordinaten – regional, national und europäisch – sowie ausgehend von allgemeinen Charakteristika der „Kanzlerdemokratie“ seine Machtposition in den 80er Jahren und seine Regierungsweise. Dabei wird insbesondere auch auf eine eher attentistische Position in der nationalen Frage abgehoben.

Ferner wird die Frage erörtert, ob und in welchem Maße der vor allem für politische Führungsfiguren in der Zeit des 19. Jahrhunderts geeignete Begriffe des Staatsmannes auf Kohl zutreffen könnte, wobei durchgehend gewandelte Rahmenbedingungen für politisches Agieren zu berücksichtigen sind. In diesem Zusammenhang wird auch auf die augenscheinlich von Kohl selbst forciert betriebene Historisierung seiner politischen Rolle 1989/90 eingegangen. Abschließend versucht März, Kohls Rolle in der jüngsten deutschen Zeitgeschichte insgesamt zu bewerten, wobei der seit Ende 1999 manifest gewordene „Spendenskandal“ berücksichtigt wird.

Am Beispiel der Teilnehmer des „Historikerstreits“ vergleicht Steffen Kailitz die Positionen links- und rechtsdemokratischer Intellektueller zur deutschen Einheit – vor wie während des Vereinigungsprozesses. Vor dem Fall der Mauer macht der Autor eine klare Frontstellung zwischen linken und rechten Demokraten aus. Demnach hielten linke Demokraten die deutsche Einheit für nicht wünschenswert, während sie auf dem Wunschzettel rechter Demokraten – wenn auch selten an erster Stelle – zu finden war. Der Fall der Mauer habe diese Frontlinie weitgehend verschüttet. Zwar sei die Freude über die Vereinigung nur unter rechtsdemokratischen Intellektuellen, nicht aber unter linksdemokratischen, groß gewesen, doch die ehemaligen Einheitsgegner auf der Linken hätten überwiegend pragmatisch die Einheit akzeptiert.

Robert Grünbaum befaßt sich mit den Einstellungen deutscher Schriftsteller zur deutschen Einheit. Dabei schlägt er einen Bogen von dem Umbruchjahr 1989/90 bis in die Gegenwart. Welche Positionen nahmen die Literaten in Ost und West in der Revolution zur zukünftigen Entwicklung der DDR ein, und wie bewerteten sie die

Entwicklung des vereinigten Deutschland heute, lautet die zentrale Fragestellung Grünbaums. Dabei geht er davon aus, daß die Einstellungen der Autoren als intellektuelle Führungspersönlichkeiten zum Vereinigungsprozeß von nicht zu vernachlässigender Bedeutung für das Gelingen der sogenannten „inneren Einheit“ gerade in Ostdeutschland sind.

Die Stellung der Evangelischen Kirche zur Einheit wurde, wie Klaus Motschmann ausführt, durch eine radikale Neubesinnung der evangelischen Theologie in den dreißiger und vierziger Jahren bestimmt. Die Niederlage Deutschlands und die daraus resultierenden Gebietsverluste wurden nicht als Konsequenz des Ost-West-Konflikts, sondern als Konsequenz des „deutschen Irrweges“ seit der Reformation verstanden, als „das Ja zum Gericht Gottes“.

Mit der sogenannten Ostdenkschrift und mit der freiwilligen Preisgabe der institutionellen Einheit der Evangelischen Kirche in Deutschland 1969 paßte sich die Kirche den politischen Strukturen dieser Welt an.

Die Evangelische Kirche in der DDR spielte in der Phase der friedlichen Revolution eine maßgebliche Rolle. Sie setzte sich zwar für radikale Reformen ein, aber nicht für die Einheit. Maßgebliche Vertreter verteidigten das „Humanum“ des Sozialismus.

Wie kommen die neuen Bundesländer wirtschaftlich auf die Beine, lautet kurzgefaßt die Frage, der sich Roland Sturm stellt. Der Handlungsspielraum ostdeutscher Landesregierungen in der Industriepolitik ist durch das Erbe der Treuhand und das finanzielle Übergewicht von EU-Förderung u. a. begrenzt. Die Regierungen sind aber dennoch nicht untätig geblieben und haben versucht, ihre regionalen Investitionspotentiale durch zielgerichtete Projekte zu mobilisieren. Die Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland hatte und hat weiterhin Schwierigkeiten, das breitgefächerte Innovationspotential durch zielgerichtete Projekte zu mobilisieren und das Förderinstrumentarium zielgerichtet einzusetzen. Trotz aller Kritik nach zehn Jahren Wirtschaftsförderungspolitik bleibt diese aus mehreren Gründen alternativelos. Fest steht jedoch, daß wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland ohne die Mobilisierung der Betroffenen nicht möglich ist.

Bayreuth, im Oktober 2000

Konrad Löw

Inhaltsverzeichnis

Vera Lengsfeld	
Sieger und Verlierer	11
Stephan Hilsberg	
Die Bedeutung der demokratischen Werte für die deutsche Einheit	19
Konrad Löw	
„Gerechtigkeit haben wir erwartet, den Rechtsstaat bekommen“ (Bärbel Bohley)	25
Peter März	
Kanzlerschaft im Wiedervereinigungsprozeß – Leitbilder, Strategien, Management, Historisierungen	39
Steffen Kailitz	
Die „deutsche Einheit“ im Spiegel des „Historikerstreits“ – What’s right? What’s left? .	81
Robert Grünbaum	
Positionen deutscher Schriftsteller damals und jetzt	111
Klaus Motschmann	
Die Stellung der evangelischen Kirche zur deutschen Einheit	131
Roland Sturm	
Wirtschaftsförderung und Industriepolitik in Ostdeutschland – Eine Zwischenbilanz nach 10 Jahren	147
Die Verfasser	165

Sieger und Verlierer

Von Vera Lengsfeld

Als sich die deutsche Nation im Oktober 1990 in einem Staat vereinigte, beherrschten Freude und Optimismus das Denken und Fühlen der meisten Deutschen. Heute ist die Euphorie einer Nüchternheit gewichen, nicht jedoch einer nationalen Normalität. Da von eigentlichen Verlierern nicht gesprochen werden kann (was nach einer Revolution nicht unbedingt die Regel ist), wird von denjenigen, denen die ganze Sache nicht behagt, ein diffuses Gefühl der Unzufriedenheit verbreitet, so dass sich auch kaum die eigentlichen Sieger noch Sieger zu nennen trauen. Das Verhältnis Ost – West in Deutschland ist nicht einfach zu beschreiben, denn gewisse Störungen beruhen nicht auf Tatsachen, sondern auf mentalen Besonderlichkeiten. Noch vor einem halben Jahr, im Herbst 1999, hätte man – wollte man der Presse glauben – davon reden müssen, dass die Kluft zwischen West und Ost immer größer geworden sei, dass wir von der „inneren Einheit“ weit entfernt seien.

Damals wurde – angeblich – im Westen befürchtet, das Erbe der DDR erweise sich wirtschaftlich als Fass ohne Boden, die ehemalige DDR hätte nur verseuchte Landstriche, verrottete Betriebe, roten Atheismus, gedopte Sportler und Spitzel in die neue Bundesrepublik eingebracht. Im Osten andererseits wurde eine neue Abgrenzung von „westdeutschen“ Lebens- und Politik-Stilen beobachtet: politisch links wie weit rechts. Von Ausplünderung sei allenthalben die Rede, von Bevormundung und Perspektivlosigkeit. Heute – nur ein halbes Jahr später, nach der Spendenaffäre der CDU, die beinahe zu einer Staatskrise erklärt worden ist – wird zwar der Rechtsradikalismus von Jugendlichen im Osten beklagt (während der Linksradikalismus der PDS längst salonfähig ist), es scheint aber der Glaube zu bestehen, der Osten sei nicht so konventionell, nicht so „korrupt“, aus ihm kämen unbelastete, frische Politiker. Lassen wir die Stimmungen – und wenden uns zunächst den Fakten zu. Der Aufbau Ost ist nicht gescheitert! Seit 1990 sind immense Leistungen vollbracht worden. Insgesamt summieren sich die Bruttotransfers aus öffentlichen Kassen seit 1991 auf weit über 1.400 Milliarden DM. Dieser Aufbau Ost zählt zu den beeindruckendsten Erfolgsgeschichten und Solidarleistungen unseres Jahrhunderts. Die neuen Bundesländer sind sichtbar aufgeblüht! Wer das nicht sehen will, ist schlicht blind – oder sehr vergesslich. Mittlerweile ist die Quote der Erwerbstätigen im Westen und Osten beinahe gleich groß und liegt bei etwa 60 Prozent. Allerdings, das Bild von „dem“ Osten ist falsch: Die neuen Länder haben eine unterschiedliche Entwicklung genommen.

Kurz nach der Währungsumstellung verdienten Arbeiter und Angestellte in der Industrie der neuen Bundesländer durchschnittlich 1.393 DM im Monat. Arbeiter und Angestellte in den alten Bundesländern verdienten durchschnittlich 3.983 DM. Seitdem ist das verfügbare Einkommen in den neuen Bundesländer deutlich angestiegen: allein von 1991 bis 1994 um über 51 Prozent. Seit der Vereinigung sind die Lohnstückkosten deutlich gesunken: 1998 lagen sie im Osten nur noch um 24 Prozent, 1991 dagegen noch mehr als 50 Prozent über dem westdeutschen Niveau. Die Arbeitskosten im Osten – gemessen am Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Arbeitnehmerstunde – lagen auf rund 69 Prozent des westdeutschen Niveaus, 1991 lag dieser Wert noch bei rund 49 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Produktivität – gemessen als Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde – von knapp 33 Prozent des Westniveaus auf nunmehr fast 56 Prozent. Doch die Produktivitätsentwicklung stagniert. Der zweite Arbeitsplatz wird dieses Problem nicht lösen. Wir müssen hier entschieden umdenken. Trotz des riesigen finanziellen Aufwandes, mit dem Bund und Länder die Folgen von Teilung und deutschem Kommunismus zu tilgen versuchen, trotz des realen Aufschwungs hat sich ein gemeinsames deutsches Selbstbewusstsein in zehn Jahren nicht vollständig ausgebildet. Dafür gibt es reale Gründe: Von der Arbeitslosigkeit sind im Osten bestimmte Berufs- und Altersgruppen betroffen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist viel zu hoch!

Doch eine „Ostalgie“ kann erst entstehen, wenn Vergangenheit vergessen wird, die DDR als obskures Objekt der politischen Verklärung erscheint. Beschönigen, Banalisieren und Leugnen sind angesagt. Das sei, so will man uns einreden, die Voraussetzung für die „innere Einheit“. Nun darf man sich von nicht täuschen lassen: Hunderttausende Leistungsträger, besonders jüngere Facharbeiter und Fachkräfte, sind in den Westen übergesiedelt. Vor allem: die meisten früheren DDR-Bürger haben ihr Leben nach den gravierenden Umbrüchen gelassen, selbstbewusst und selbstbestimmt neu gestaltet. Sie sind die Gewinner der deutschen Einheit. Es sind zwar lautstarke Gruppen, es sind gleichwohl Minderheiten, die Stimmung gegen „den Kapitalismus“ und den Westen machen.

Sie versuchen, die Unterdrückung der Gesellschaft in der DDR durch angeblich nur einige wenige „schlechte Genossen“ scheinheilig anzuerkennen, diese Tatsache allerdings vom Privatleben zu trennen. Und über diese Identität einer „DDR-Biographie“, die von „Besserwessis“ und Ex-Dissidenten angegriffen werde, die man selbst aber gegen das „Runtermachen von Lebensleistungen“ verteidige, baut man insgeheim wieder eine Systembejahung auf. Falsche Oppositionen werden benutzt: „Demokratie“ gegen DDR-Gemütlichkeit, Pluralismus gegen Selbstachtung. Politische, mentale, kulturelle Differenzen werden vermischt. Der Trick funktioniert, die PDS, eine rein populistische Partei, gewinnt allein aus ihrer zynischen Larmoyanz ihre politische Stärke. Und nicht wenige Grüne und SPD-Politiker stoßen in das gleiche Horn, und auch Bürgerliche lassen sich anstecken: So bedient man die gleichen Affekte wie die Ewiggestrigen auf der Linken.

Es wurden bei der Vereinigung Fehler gemacht. Der größte Fehler war, die Eröffnungsbilanz zu verschönen. Die Deutschen wurden mit dem Ausmaß des wirtschaftlichen Bankrotts, der ökonomischen und sozialen Verwüstung, die das SED-Regime hinterlassen hatte, nicht ernsthaft konfrontiert. Das gab der umbenannten SED bald die Möglichkeit, den flächendeckenden Umbau der alten Wirtschaftsstrukturen, die daraus resultierende Arbeitslosigkeit, die Probleme der in Unselbständigkeit gehaltenen Menschen mit der offenen Gesellschaft zu Fehlern der Vereinigung zu erklären. Früher oder später stimmten alle demokratischen Parteien in das Lamento über die angeblich misslungene innere Einheit ein. Sie ließen zu, dass die PDS-Slogans von den „Bürgern zweiter Klasse“ die Meinung beherrschten, dass die Rede vom angeblichen „Abbau Ost“, dem Plattmachen von Demokratisierung die Atmosphäre vergifteten. Bis heute wird es den Figuren der PDS erspart, in den Talkshows mit ihren Kritikern oder mit den Opfern der SED-Politik konfrontiert zu werden. Die PDS ist auch ein Medienphänomen. Obwohl sie 20 Prozent der Wähler in den neuen Bundesländern repräsentiert, beherrscht sie 80 Prozent der Berichterstattung über die dortigen Parteien. Dafür ist eine bundesdeutsche Publizistik verantwortlich, die mehrheitlich die Vereinigung nicht gewollt hat und zu deren Trauerarbeit über die verlorene DDR es gehört, die Nach-Wende-SED zu hofieren. Die stupide kommunistische Wirklichkeit der PDS wurde geschickt verdeckt, sie ist in Münster sichtbar geworden.

Die DDR ist zwangsläufig verschwunden. Ich darf in Erinnerung rufen: Schon Ende 1981 bahnte sich ein Kreditstopp westlicher Banken für die DDR an. Die Investitionseffizienz halbierte sich im kurzen Zeitraum von 1981 bis 1984. Seit Mitte der 80er gab es kein reales Wirtschaftswachstum mehr. Die Innovationsschwäche der DDR war evident. Die Leistungen der DDR-Wirtschaft hätten auch mit einem deutlich geringeren Einsatz an Arbeitskräften erbracht werden können. Große Teile der Industrie hatten in über vierzig Jahren der sozialistischen Herrschaft weitgehend von ihrer Substanz gelebt. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit verschlechterte sich rapide. Die verminderte Exportfähigkeit der DDR-Produkte drückte sich auch in der Veränderung des Kurses der Mark der DDR zur D-Mark aus. War 1970 noch eine Relation von 1,70 Mark für 1 DM festgelegt, so wurden im Jahre 1988 4,40 Mark für 1 DM getauscht. Der Versuch, die Mikroelektronik weltmarktfähig zu entwickeln, scheiterte völlig. Der im Jahre 1988 von der DDR hergestellte 256-Kilobit-Chip kostete 534 DDR-Mark je Stück, auf dem Weltmarkt war er für 2 Dollar zu bekommen. Starke Importdrosselungen schränkten den Lebensstandard der Bevölkerung immer merklicher ein. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf stieg 1985 bis 1989 nur noch unwesentlich an und fiel relativ zum bundesdeutschen Pro-Kopf-BIP von 36 Prozent 1985 auf 33 Prozent 1989. Im April 1988 forderte der SED-Planungschef Gerhard Schürer eine starke Einschränkungen im sozialen Bereich und eine Senkung des Lebensstandards. Im Laufe des Jahres 1989 verschlechterte sich die Lage sichtbar. Schürer prognostizierte im Mai 1989 – selbstredend intern – die Zahlungsunfähigkeit der DDR für 1991. Der Verschleißgrad in sensiblen Bereichen der Industrie, so schätzte das MfS im Oktober ein, lag bei 50 Prozent, bei landwirt-